

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/674 —

**Vorlage eines jährlichen Berichts zum Stand der Bemühungen um Rüstungs-
kontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfte-
verhältnis**

A. Problem

Vorlage eines jährlichen Berichts zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis durch die Bundesregierung.

B. Lösung

Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt einstimmig, in etwas geänderter Form einen Antrag der Fraktion der CDU/CSU, der die Bundesregierung zur Vorlage eines entsprechenden Berichts auffordert, anzunehmen.

C. Alternativen

standen nicht zu Erörterung.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jeweils im 2. Quartal eines Jahres einen Bericht zum Stand
 - der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung,
 - der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis vorzulegen.
2. Der Bericht soll enthalten
 - genaue und übersichtliche Angaben zu den Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen einschließlich vertrauensbildende Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland, des Atlantischen Bündnisses, des Warschauer Pakts, der Vereinten Nationen;
 - Einzelheiten über geplante und durchgeführte Rüstungsmaßnahmen des Atlantischen Bündnisses und des Warschauer Pakts im konventionellen, atomaren, chemischen und biologischen Bereich sowie andere neue Waffenentwicklungen;
 - Darstellung und Würdigung der politischen Ursachen der Rüstungsentwicklung.
3. In allgemein verständlicher Form soll der Bericht klarmachen, worin Erfolge und Mißerfolge der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung bestehen, worauf sie zurückzuführen sind und wie sich die militärische Sicherheitslage und die sicherheitspolitische Situation insgesamt in einem Jahreszeitraum verändert hat. Dabei ist neben den Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung auch den Bemühungen zur Herstellung dauerhafter friedlicher Beziehungen auf der Grundlage einer ausreichenden Verteidigungsfähigkeit besondere Bedeutung beizumessen.

Bonn, den 11. März 1982

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Barzel	Voigt (Frankfurt)
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Voigt (Frankfurt)

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU — Drucksache 9/674 — ist vom Deutschen Bundestag in seiner 62. Sitzung am 29. Oktober 1981 beraten und an den Auswärtigen Ausschuß (Federführung) sowie den Verteidigungsausschuß (Mitberatung) überwiesen worden.

Der Verteidigungsausschuß hat die Vorlage am 2. Dezember 1981 beraten und einige Ergänzungen empfohlen, die das Anliegen des Antrags verdeutlichen und präzisieren.

Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle um eine Stellungnahme gebeten. Diese wurde am 13. Januar 1982 beschlossen. Sie empfiehlt die Annahme des Antrags mit den vom Verteidigungsausschuß empfohlenen Änderungen und einer weiteren Änderung, wonach der Bericht nicht im ersten, sondern aus Sachgründen im zweiten Quartal jedes Jahres erstattet werden soll.

Der Antrag zielt auf eine alljährliche, zusammenfassende Unterrichtung sowohl des Deutschen Bundestages wie auch der breiten Öffentlichkeit über alle wichtigen Entwicklungen im Bereich der Abrüstung

und Rüstungskontrolle sowie über Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis. Der Bericht der Bundesregierung soll insbesondere auch einen konstruktiven Beitrag zur öffentlichen Diskussion über sicherheits- und abrüstungspolitische Probleme leisten und hierfür objektive Informationen vermitteln.

Das Anliegen fand die Unterstützung aller Fraktionen. Diese Übereinstimmung hatte sich schon in Nummer 6 der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (Drucksache 9/1251) vom 7. Januar 1982 zum Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP zur Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz ausgedrückt.

Der Ausschuß hat bei der abschließenden Beratung am 3. März 1982 sich die Empfehlung des Verteidigungsausschusses und des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu eigen gemacht. In dieser Fassung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Namens des Auswärtigen Ausschusses bitte ich, seiner Beschlußempfehlung zu folgen und den Antrag anzunehmen.

Bonn, den 11. März 1982

Voigt (Frankfurt)

Berichterstatter

